

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 95 – Dezember 2010

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Wieder tausende Leichen in Slowenien entdeckt

Nachdem im heurigen September in einem 21 Meter langen und 3 Meter breiten Massengrab an der Kärntner Grenze östlich von Bleiburg bei Liescha an die 700 Partisanen-Opfer entdeckt worden waren, stieß man jetzt auf das bisher größte Massengrab.

„Die Panzerabwehrgräben bei Rann an der Save sind zum größten Massengrab des Deutschtums Sloweniens geworden. Hierher wurden nebst 10.000 deutschen Kriegsgefangenen immer wieder auch deutsche Menschen aus der ganzen Untersteiermark in großen Gruppen geschafft und niedergemetzelt.“ berichtete schon vor Jahrzehnten Oberlandesgerichtspräsident Dr. Wilhelm Neuner im Buch „Ein Volk – ausgelöscht“.

186 Meter lang und bis zu vier Meter breit ist das jüngst entdeckte Massengrab im slowenischen Mostec (Brückel) nahe der kroatischen Grenze. Von Mai bis Oktober 1945 waren Kolonnen von Kriegsgefangenen und Zivilisten durchs Dorf Mostec in Richtung des nahen Panzergrabens am Save-Ufer getrieben worden. Tausende Deutsche sowie slowenische und kroatische „Nazi-Kollaborateure“ waren dort nach Ende des Zweiten Weltkriegs von jugoslawischen Kommunisten ermordet und im Wald verscharrt und auch in die Save geworfen worden.

Jetzt, wo die Verbrechen ruchbar werden, tun alle so, als wäre das ganz was Neues.

SLOWENIEN IST NICHT NACHFOLGESTAAT JUGOSLAWIENS

Einen Dämpfer haben die slowenischen Versuche bekommen, als Nachfolgestaat Jugoslawiens in den österreichischen Staatsvertrag einzutreten. Die slowenische Diplomatie hat sich schriftlich an die Wiener Konsulate der Signatarstaaten des Staatsvertrages – Großbritannien, Rußland, USA und Frankreich – gewandt, um deren Einstellung auszuloten. Das britische Außenministerium ließ Slowenien sehr schnell wissen, daß Großbritannien einer solchen Notifizierung nicht zustimmen würde.

DEUTSCHFEINDLICHKEIT IST KEINE VOLKSVERHETZUNG

Der Paragraph der Volksverhetzung ist im Falle von Deutscheindlichkeit nicht anzuwenden! Das ist jetzt sogar der Familienministerin Kristina Schröder aus der Burep unangenehm aufgefallen. Nachdem sie als Schlampe beschimpft worden ist, hält sie das für problematisch, vorher war ihr das egal.

In Deutschland gibt es Wohngegenden, in denen christliche Kinder schon in der Minderheit sind und sich diskriminiert fühlen. Während des Ramadan bleiben die Schulkantinen geschlossen. Die „Schweinefleischfresserin“ Maja (eine von dreien unter dreißig Muslimen in der Schulklasse) klagt: „In Deutschland bist du ja gleich ein Nazi, wenn du was gegen Ausländer sagst.“ Und der Betreuer einer Schule wurde gefeuert, weil er den Eltern sagte, was wirklich an der Schule los ist, er fragt: „Wo sind wir denn, daß wir Angst haben müssen, weil wir deutsche Menschen sind?“

ZITAT

Thilo Sarrazin: „Ich möchte aber, daß meine Nachfahren in 50 und in 100 Jahren noch in einem Deutschland leben, in dem die Verkehrssprache Deutsch ist und die Menschen sich als Deutsche fühlen, in einem Land, das seine kulturelle und geistige Leistungsfähigkeit bewahrt und weiterentwickelt hat, in einem Land, das eingebettet ist in einem Europa der Vaterländer.“

Keinen guten Dienst erwiesen

Am 8. Oktober gab es im Wappensaal des Klagenfurter Landhauses einen Festakt anlässlich 90 Jahre Kärntner Volksabstimmung, zu dem auch der Hohe Repräsentant in Serbien und Obmann des Rates der Kärntner Slowenen, der Diplomat Valentin (Zdravko) Inzko, als Redner geladen war. Seine Redezeit war, wie die der anderen Redner auch, eingeschränkt. Die ihm zugedachten 7 Minuten hat er eigenmächtig auf 46 Minuten ausgedehnt. Eine – zumindest unhöfliche –, auf jeden Fall aber undiplomatische Geste.

In Abwandlung des Sprichwortes „Wenn man einem Griechen die Hand gibt, sollte man nachher seine Finger zählen“ könnte man sagen „reicht man einem Slowenen den kleinen Finger, nimmt er gleich den ganzen Arm“ (Kärntner Sprichwort).

Siedlungs-Politik

Ins Palästinensergebiet drängen immer mehr Israelis. Den 2,4 Millionen Palästinensern sind die Siedlungen ein Dorn im Auge. 121 Siedlungen sind „offiziell“, dazu kommen mehrere hundert „Außenposten“ radikaler Juden, die selbst nach offizieller israelischer Lesart „illegal“ sind. Erste Räumungsversuche in extrem radikal-isolierten Außenposten führten zu Gewaltszenen und Befehlsverweigerungen unter Soldaten, von denen viele der neuen Generation schon aus den Siedlungsgebieten kommen: „Juden schlagen keine Juden“. Schwarze Soldaten berichten, sie hätten sich von wild gewordenen Siedlern sagen lassen müssen: „Dafür haben wir euch Affen nicht aus Äthiopien geholt!“

Selbstbestimmungstag der Völker 9. November – Fall der Berliner Mauer

Die AFP bat auch heuer wieder alle volksbewußten Menschen in ganz Europa, diesen Tag im Bekenntnis zur Geschichte und Gegenwart des eigenen Volkes in Stolz und Würde zu begehen.

Der gefährlichste Mann der Welt

Die US-Notenbank flutet die Märkte wieder einmal mit billigen Dollars. Der oberste Zentralbanker der USA, Ben Bernanke, ist gerade dabei, die Weltwirtschaft in ihren nächsten Alptraum zu schicken. Die Geldfabrik der USA wird noch einmal ein paar Hundert Milliarden Dollar in den Geldkreislauf pumpen, indem sie Staatsanleihen aufkauft. Woher die „Fed“ das Geld nimmt, ist schnell gesagt: Sie druckt es.

Mit diesen billigen Dollars werden nicht nur gut verzinsten Währungen gekauft, sondern auch Gold, Silber, Kupfer, Erdöl oder Immobilien. Die „Fed“ bereitet gerade die nächste Blase vor, platzen wird diese aber nicht im eigenen Land. Am Ende wird auch nicht die der Politik hörige US-Zentralbank am Pranger stehen, sondern einmal mehr die „ungezügelter“ Marktwirtschaft und ihre gierigen Akteure.

ZITAT

Oliver Stone, Hollywood-Regisseur: „Ich habe in Vietnam gekämpft und wurde angeschossen – aber welche Verbrecher heute an der Wall Street arbeiten, ist kein Vergleich.“

„Bünker-Blut“

Michael Bünker, evang. Bischof: „Mein Wiener Blut besteht aus tschechischem Sliwowitz, Kärntner Schnaps und Schweizer Kirschwasser.“ Na, mit der Mischung sollte er besser nicht mehr ins Auto steigen.

ZITAT

Heinz Mayer, Verfassungsexperte: „Eine Demokratie muß aushalten, daß auch abwegige Äußerungen vertreten werden.“

Gendermäßig unterwegs

Der Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider informiert „seine“ Klagenfurter in einer eigenen Broschüre über Erziehungsfragen. Gendermäßig plaudert er locker vom Hocker – „Elternteil zu sein ist oft keine leichte Aufgabe“. Einer, der sich selbst nicht Vater sondern Elternteil nennt, bekommt vom Kinderteil möglicherweise schon bald einen Tritt ins Hinterteil.

Grüner Vielpendler

Der Kärntner Grünen-Obmann Rolf Holub ist verzweifelt. Er hat einen Stalker am Hals. Auf seiner Internet Seite ist plötzlich von „absolvierter Baumschule“ und „beruflicher Tätigkeit im Kasperltheater“ zu lesen. Aber damit nicht genug. An die Medien ging Holubs Kilometergeldabrechnung. Laut dieser verrechnet der grüne Landessprecher täglich mehrmals die Fahrten von seinem Wohnsitz am Wörthersee-Südufer nach Klagenfurt. Andere Arbeitnehmer kriegen für die Fahrten vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zurück üblicherweise gar nichts. Holub dazu: „Zwei Strecken verrechne ich eh nicht, aber das viele Pendeln dazwischen muß ich einfach abrechnen. Das geht ins Geld.“

Der „Partycrasher“ war wieder da

Staatssekretär Ostermayer, der „Partycrasher“ hat zwei Tage lang in Kärnten über zweisprachige Ortstafeln verhandelt und ist dabei zur Erkenntnis gekommen „Es soll keine Minderheitenfeststellung geben“. Allerdings läßt er mitteilen, daß es 141 bis 163 Tafeln mehr werden sollen und an der Ausarbeitung der Liste schon gearbeitet wird. Und das, obwohl keiner weiß, wieviel Slowenen wo leben.

Das ist schon sehr merkwürdig!

Als seinerzeit die EU gegen die ÖVP-FPÖ Koalition Sanktionen gegen Österreich verhängt und „Drei Weise“ als Beobachter ins Land geschickt hat, wurde uns das als gut und wichtig verkauft. Nun, da die EU gemeinsam mit der UNO im Jahr 2008 eine Minderheitenermittlung für Kärnten vorgeschrieben hat, tun viele Verantwortlichen so, als ginge sie das einen feuchten Dreck an.

BEDENKEN WEGEN ZWANGSZUORDNUNG

Der Kärntner Landtagspräsident Josef Lobnig (FPK) meldete beim Verfassungsrechtler Günther Winkler Bedenken wegen des geplanten neuen Ortstafel-Gesetzes an. „Wenn die Ergebnisse der Volkszählung 2001 als Grundlage für die Aufstellung zweisprachiger Tafeln herangezogen werden, kann diese Lösung auf Grund völkischer Zwangszuordnung wieder angefochten werden. Es kann ein Bürger ja als Zweitsprache slowenisch angekreuzt haben, ohne daß er der Volksgruppe angehört.“

ZITAT

Prof. Dr. G. Seicht, Wirtschaftsuni Wien: „Steuererhöhungen und Steuerneuerfindungen sind relativ leicht durchzusetzen: Dazu bedarf es nur des Köpfenickens von 92 parteiengängelten Nationalratsabgeordneten. Einsparungen, vor allem in den Verwaltungsbereichen des Staatsapparates (Bund, Länder, Gemeinden), sind unvergleichlich mühseliger durchzusetzen und bisher in aller Regel zum Scheitern verurteilt gewesen.“

AMERIKAHÖRIG

Am 1. August 2010 trat das neue Swift-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA in Kraft, das vom Europa-Parlament mit großer Mehrheit gebilligt wurde. Es gewährt den Vereinigten Staaten das Recht, alle Auslandsüberweisungen aus EU-Staaten in Nicht-EU-Gebiete zu kontrollieren.

Die österreichische Bundesregierung räumte US-Behörden ganz freiwillig den Zugriff auf sämtliche Daten österreichischer Polizeicomputer ein. Der Europäischen Kommission werden alle Forderungen fast zur Gänze im Voraus erfüllt. Sogar den dreisten Wünschen Washingtons beugt sich Kanzler Faymann „ohne Wenn und Aber“ und kommt vor lauter Buckeln schon fast nicht mehr hoch.

Zuwandererzahlen

1,5 Millionen Menschen in Österreich (18 % der Gesamtbevölkerung) haben einen Migrationshintergrund. Sie sind entweder selbst im Ausland geboren oder die Eltern stammen aus dem Ausland.

Die letzte rote Parteizeitung,

die „Kärntner Tageszeitung“, gegründet 1945 unter dem Titel „Neue Zeit“, ist im Oktober an Hansjörg Berger verkauft worden. Ralf Mosser darf Chefredakteur bleiben und ließ mitteilen „Wir bleiben eine linksliberale Zeitung“. Kaufinteresse hatte auch die FPK-nahe Werbeagentur ABC gezeigt, doch die SPÖ lehnte das Angebot ab.

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Kreiner, 9500 Villach. Für Spenden aus EU-Ländern: PSK Kto. 7438558 BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.

Wer des Lichts begehrt,
muß ins Dunkel gehn.
Was das Grauen mehrt,
läßt das Heil erstehn.

Wo kein Sinn mehr mißt,
waltet erst der Sinn.
Wo kein Weg mehr ist,
ist des Wegs Beginn.

Manfred Hausmann



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kameraden!

Weihnachten, das Fest der Freude, der Liebe und der Hoffnung naht. Freuen wir uns auf eine Zeit der Einkehr und Stille, auf Zusammensein mit der Familie und geliebten Menschen, das aufeinander Zugehen, zuhören und verstehen wollen, auf ein gemeinsames Innehalten und Nachdenken.

Bedanken will ich mich bei allen, die uns das Jahr über geholfen haben. Durch ihre Freundschaft, ihre Mithilfe und ihre Spenden – danke! Helfen Sie uns bitte auch weiterhin.

Ich wünsche Euch allen frohe Weihnachten und alles Gute für das kommende Jahr 2011

Sepp Kraßnig

SLOWENIEN VERWEHRT VOLKSGRUPPENSTATUT

Der deutschen Volksgruppe wurde im Gegensatz zur ungarischen und italienischen Minderheit vom slowenischen Staat bisher das autochthone Volksgruppenstatut verwehrt. Das bedeutet, daß sie keine Basisförderung zum Erhalt ihrer Muttersprache erhalten.

Als im Jahr 1968 die vertriebenen Deutschen Jugoslawiens die Möglichkeit der Aufnahme in die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen gehabt haben, beantragte der Vertreter der Kärntner Slowenen, Dr. Valentin Inzko (der Vater des derzeitigen Obmanns des Rats der Kärntner Slowenen) die Zurückstellung dieses Aufnahmeantrages.

Da hätte unser Herr Bundespräsident die wichtige, ehrenvolle Aufgabe, sich für die benachteiligte deutsche Volksgruppe einzusetzen. Getan hat er allerdings noch nichts.

ZITAT

Muslim, palästinensische Christin in Jerusalem 1918: „Wenn es eine Stadt gibt, die eine ganz und gar multikulturelle Tradition hat, dann ist es Jerusalem. Doch die langen Jahre des friedlichen Miteinanders stehen im Schatten immer wieder aufflammender Konflikte.“

ZITAT

Angela Merkel, Bundeskanzlerin in Deutschland: „Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert.“

Aus Primorski dnevnik, Triest:

„Anlässlich des 40. Internationalen Seminars über Minderheiten in Europa erwähnte der österreichische Botschafter in Slowenien Inzko als historische Symbole der Kärntner Slowenen das Zollfeld (wie für die Serben das Amselfeld) und natürlich den Fürstenstein (der jedoch nicht das Symbol des neuen slowenischen Staates sein kann). Ein Symbol seien jedoch auch die zweisprachigen Ortstafeln, die als Symbol der Heimat betrachtet werden können. Inzko fügte hinzu, daß die Kärntner Bevölkerung sowohl in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln als auch im Erkennen der Bedeutung der zweisprachigen Ortstafeln noch weit von der offiziellen Politik entfernt ist.“

Die geplatze Immobilienblase

Eine Ursache, weshalb in den USA der Konsum stagniert und der Wirtschaftsaufschwung nicht vorankommt, liegt in den Nachwehen der geplatzen Immobilienblase: Es laufen 10 Millionen Räumungsklagen gegen Hausbesitzer, welche die Kredite nicht zurückzahlen können. Nach Meldungen von Bloomberg und Shadowstats stehen die Vereinigten Staaten vor dem Staatsbankrott. Jeder 5. Amerikaner hungert, die staatlichen Hilfen für Lebensmittel sind im letzten Jahr um 46 % gestiegen. Die Arbeitslosenrate liegt bei 22 %, nur bei den Kriegsausgaben wird nicht gespart. Im Budget 2010 sind für Kriegs-, Rüstungs- und Kriegsnebenkosten 57 % des Staatshaushalts vorgesehen.

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

ZAHLEN UND BÜSSEN BIS IN ALLE EWIGKEIT ?

Am 3. Oktober diesen Jahres wurden von Deutschland die letzten Folgeschulden des Ersten Weltkriegs getilgt. Damit endeten nach über 91 Jahren die Folgen des Versailler Diktats der Siegermächte über den Kriegsverlierer Deutschland.

Die USA, Großbritannien und Frankreich forderten 130 Milliarden Goldmark als Entschädigung. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurde vereinbart, daß die Zinsrückstände von 1945 bis 1952 – mit Rücksicht auf die Gebietsverluste und die so geminderte Wirtschaftskraft – bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zurückgestellt werden. Die eigentlichen Schulden für die von den Alliierten gewährten Anleihen von 1924 und 1930 wurden von Deutschland bereits bis 1980 zurückgezahlt. Zwar war die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland nicht die geplante Wiedervereinigung Deutschlands mit allen im Krieg verlorenen Gebieten, die Zahlungspflicht für die gestundeten Zinsen lebte aber trotzdem auf. Damit ist für Deutschland der Erste Weltkrieg zu Ende – oder auch nicht, denn ein Unternehmen in den USA verklagt nun die Bundesrepublik auf die Entschädigung für Anleihen, die Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik ausgegeben haben soll. Die Forderungen belaufen sich auf 450 Mio. Dollar.

Als nächstes hat nun die rumänische Regierung vor, Deutschland zur Begleichung der aus der NS-Zeit stammenden Verbindlichkeiten aufzufordern. Es geht dabei um bis 1944 geliefertes Erdöl und Erdölprodukte, für die das damals verbündete Deutsche Reich 1,3 Mrd. Reichsmark schuldig sein soll. Rumänische Finanzexperten errechneten daraus – mit Zins und Zinseszins – einen aktuellen Schuldenaldo von etwa 19 Milliarden Euro. Bis etwa Mitte der 50er Jahre bezahlte die Bundesrepublik Deutschland immer wieder derartige Rechnungen. Das Bundesfinanzministerium befürchtet nun, daß auch Ungarn und Polen an Deutschland mit solchen Forderungen herantreten könnten, die aber weitaus höher sein würden. Derlei Forderungen sind offensichtlich das Ergebnis sechzigjähriger Schuld- und Bußhaltung aller deutschen Nachkriegsregierungen.

Ehre aberkannt

Am 15. Juli 2010 entzog der Stuttgarter Gemeinderat dem Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges und langjährigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und Benekendorff 76 Jahre nach seinem Tod die Ehrenbürgerwürde. Veranlaßt wurde die Aberkennung von ‚SÖS/Die Linke‘, nachdem die Grünen seit Jahren dafür geworben und ein CDU-Stadtrat erklärt hatte: Hindenburg habe „die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten gefördert“. Ein einziger, der Republikaner Dr. Rolf Schlierer, stimmte dagegen. In Klagenfurt wurde im Jahr 2008, nachdem eine **Historikerkommission** alle Klagenfurter Straßennamen auf „Nazis“ durchleuchtet hat, die **Hindenbergs**straße (eh nicht **Hindenburg**straße, aber vorsorglich) in **Einspielerstraße**, nach dem Kärntner Slowenen Monsignore Prof. Andre Einspieler, Priester und Mitbegründer des Hermagoras-Mohorjeva Vereins in Klagenfurt, umbenannt.



lesen Sie auch

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: www.afp-kommentare.at

Der „Wiener Beobachter“, Standpunkte der AFP Wien, Niederösterreich und Burgenland, zu beziehen: 1110 Wien, Krauseg. 14

US-Tarnkappen-Kampffjets

für die israelische Luftwaffe. Die Amerikaner rüsten den Nahen Osten auf – gegen den „unberechenbaren Iran“. Erst 84 Stk. F-15-Kampffjets für Saudi-Arabien, jetzt 20 Stk. der fürs Radar fast unsichtbaren F-75-Tarnkappen-Jets, (das Stk. für 100 Millionen Dollar) für die israelische Luftwaffe.

IN DEUTSCHLAND SPRICHT MAN DEUTSCH

Der türkische Ministerpräsident Recep T. Erdogan fordert die Gründung türkischer Gymnasien und Universitäten in Deutschland, denn die hier lebenden jungen Türken müßten erst einmal richtig türkisch sprechen lernen.

IST DER NOCH ZU RETTEN ?

Anläßlich eines Besuches der Justizanstalt Josefstadt in Wien begrüßte Bundespräsident Heinz Fischer schwarzafrikanische Drogenhändler per Handschlag mit den Worten: „Schön, Sie hier in Wien zu sehen“.

UNGENANNTES MITGLIED

„Israel hat im letzten Jahr seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU so solide entwickelt, daß es ungenannter Mitgliedstaat der Union ist“, sagte David Cronin, Israelexperte. Schon 2009 sagte Javier Solana, ehemals Generalsekretär der NATO, dann zuständig für die EU-Außenpolitik: „Israel, gestatten Sie mir, das auszusprechen, ist ein Mitglied der Europäischen Union, ohne Mitglied der Organisation zu sein“. Israel bestimmt in der NATO und in der EU und jeglicher Widerspruch gegen Israel führt unweigerlich zum „politischen Tod“ jedes Politikers wegen „Antisemitismus“.

ZITAT

Univ.-Prof. Moshe Zuckermann von der Universität Tel Aviv: „Was ich schon seit einiger Zeit wahrnehme ist, daß in Deutschland, aber auch in Österreich der Antisemitismus-Vorwurf zu einem Herrschaftsinstrument avanciert ist. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist zweifelsfrei wichtig. Was wir im Moment erleben, hat mit Antisemitismus-Bekämpfung aber nichts mehr zu tun, sondern dient nur mehr dazu, alles zu denunzieren, was nicht auf der ideologischen Linie des ‚Antideutschtums‘ liegt. Es ist ungeheuerlich, wie gewisse deutsche Publizisten nur kurz ‚Antisemit‘ zu sagen brauchen, und schon fallen die Leute in Ohnmacht.“

AUSPLÜNDERUNG

Deutschland hat, auch im Gefolge der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts, astronomische Beträge an Reparationen, Wiedergutmachung, Entwicklungshilfe, Ausländerintegration und –beihilfen sowie für ähnliche Aufgaben geleistet, teilweise gezwungenermaßen als Besiegter der Kriege, teilweise aus übertriebener Reue- und Bußhaltung. Auch wenn nur die untersten Grenzen angesetzt werden, wenn für Ausgaben keine genauen Zahlen zu erhalten sind und Schätzungen vorgenommen werden müssen, so ergibt sich eine Gesamtsumme von mehr als 18 Billionen Euro nach heutigem Wert.

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN